

» ES IST  
GESCHEHEN

9. November  
1938 - 2025  
16:00 Uhr

UND  
FOLGLICH

KANN ES  
WIEDER GESCHEHEN. «

Primo Levi

Gedenkbroschüre zum 87. Jahrestag  
der Novemberpogrome

# Liebe Leser\*innen,

vor 87 Jahren ereigneten sich im damaligen Deutschen Reich die sogenannten Novemberpogrome gegen die jüdische Minderheit.

An dieses Geschehen und die Opfer der Pogrome erinnern seit über 35 Jahren Berliner Antifaschist\*innen jährlich am Mahnmahl Levetzowstraße mit einem Gedenken und einer anschließenden Demonstration durch Berlin-Moabit.

Die vorliegende Broschüre ist aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangen. Darin versuchen wir, Perspektiven von Gruppen und Initiativen, die sich gegen Antisemitismus und für ein Wachhalten der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus engagieren, zusammenzutragen.

Gerade im Hinblick auf die aktuellen politischen Ereignisse ist sowohl die Darstellung von erinnerungspolitischen Diskursen und das Hervorheben von Zeugnissen über die Gräueltaten des Faschismus angebracht, aber auch antifaschistische Bestandsaufnahmen und Aspekte der verschiedenen Formen des Antisemitismus zu beleuchten.

Die Gruppe "Theorie, Kritik, Aktion" (TKA) interviewte für diese Broschüre den Briten David, dessen Eltern die Novemberpogrome in Berlin miterlebten.

Die Berliner VVN-BdA gedenkt in ihrem Text dem Überlebenden der Shoah und Zeitzeugen Kurt Hillmann, der in den vergangenen Jahren immer wieder auf unserem Gedenken sprach und in diesem Jahr verstarb.

Darüber hinaus befassen sich die Beiträge mit verschiedenen antisemitischen Ausprägungen und Vorkommnissen der jüngsten aber auch der vergangenen Zeit in der linken Bewegungsgeschichte. In den Beiträgen der Universitätsgruppen Tacheles FU und Tacheles HU geht es um Ausprägungen des Antisemitismus auch in vorgeblich progressiven Milieus. Dazu gibt es eine historische Einordnung, aber auch einen Blick auf die Vorkommnisse an Berliner Universitäten in den letzten zwei Jahren. Auf diese aktuellen Entwicklungen nimmt auch ein Beitrag des AK gegen Antisemitismus in der Berliner VVN-BdA Bezug.

Der politische Rechtsruck schafft zunehmend ein Klima, in dem die Angriffe auf das Gedenken an den Holocaust immer offener erfolgen können. Im Beitrag mit dem Titel "Erinnerung als antifaschistische Praxis" (kES) geht es um die Wichtigkeit, dem etwas entgegenzusetzen.

Ein Beitrag der EAG stellt die aktuelle staatliche Repressionstendenz gegenüber Antifaschismus und das gleichzeitige Erstarken von Neonazistrukturen dar. "Antifaschismus bleibt notwendig!" Der Audiowalk der Initiative „Wir waren Nachbarn“, der durch Moabit führt und Einblicke in das Schicksal jüdischer und nicht-jüdischer Menschen während des Faschismus gibt, wird in diesem Heft vorgestellt.

Neben dem Aufruf zum Gedenken am 9. November versammelt die Broschüre eine Auswahl antisemitischer Vorfälle in ganz Deutschland im letzten Jahr.

Wir wünschen Euch eine informative und anregende Lektüre.

Die Redaktion

## Impressum

Antifaschistisches Gedenkbündnis an die Novemberpogrome  
c/o: Berliner VVN-BdA e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

Auflage: 1.000 Stück  
Stand: Oktober 2025

Fotos: PM Cheung

Eigendruck im Selbstverlag

V.i.S.d.P.:  
M. Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

Aufruf

# “Eine Zukunft denken, ohne die Vergangenheit zu verraten”

Als antifaschistisches Bündnis rufen wir am 9. November 2025, dem 87. Jahrestag der Novemberpogrome, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal Levetzowstraße mit anschließender antifaschistischer Demonstration durch Moabit auf.

Der 9. November 1938 war der Höhepunkt der Novemberpogrome. Bis dahin hatten die Nazis schrittweise mit Berufsverboten, dem Ausschluss aus Schulen sowie Universitäten, dem Raub jüdischen Eigentums, Zwangsarbeit und der Markierung von Jüdinnen\*Juden deren Ausgrenzung und Verarmung betrieben. Die Novemberpogrome stellten den vorläufigen Höhepunkt der nationalsozialistischen Bemühungen dar, Jüdinnen\*Juden aus den deutschen Grenzen zu vertreiben.

Staatlich orchestriert und angestoßen, kam es überall in Deutschland und Österreich unter der Anführung von SA und SS zu einem hasserfüllten Aus-

bruch des deutschen Mobs gegen die jüdische Bevölkerung. In ihrer antisemitischen Zerstörungswut plünderten sie jüdische Geschäfte und Wohnungen, zerstörten Friedhöfe und über die Hälfte der Synagogen und Gebetshäuser; viele wurden in Brand gesteckt. Jüdinnen\*Juden wurden durch die Straßen getrieben, verschleppt, inhaftiert, vergewaltigt - über 1.300 wurden ermordet. Am 10. November erfolgten reichsweite, systematische Deportationen von etwa 30.000 Jüdinnen\*Juden in Konzentrationslager. Mit weiteren Gesetzen und Verordnungen entrechteten die Nationalsozialisten Jüdinnen\*Juden im Anschluss an die Novemberpogrome vollständig.

Während in den besetzten Gebieten in der Sowjetunion und den besetzten polnischen und serbischen Gebieten bereits ein systematischer Massenmord an der lokalen jüdischen Bevölkerung stattfand, wurden nach dem Verbot der Auswanderung aus den deutschen Grenzen ab Oktober 1941 immer mehr Jüdinnen\*Juden im Zentrum des deutschen Herrschaftsbereichs - und nur ein halbes Jahr später in weiten Teilen Europas - verhaftet und deportiert. Die meisten, die es nicht vermochten illegal zu fliehen oder sich zu verstecken, wurden in die besetzten polnischen und sowjetischen Gebiete verschleppt und in den Ghettos, Konzentrationslagern, bei Massenerschießungen oder







in Vernichtungslagern brutal ermordet.

Das Deportationsmahnmal Putzitzbrücke in Berlin-Moabit erinnert an die über 30.000 Berliner Jüdinnen\*Juden, die von hier aus über den Güterbahnhof Moabit in die Vernichtung deportiert wurden. In langen Marschkolonnen wurden sie mitten am Tag unter aller Augen durch Moabit getrieben, wo viele von ihnen lebten. Von dort wurden sie in den bereitstehenden Wagons abtransportiert. Was bis dahin eine unheilvolle Bedrohung war, wurde spätestens im Herbst 1941 Realität: Der vom antisemitischen Wahn getriebene Versuch der Vernichtung des gesamten jüdischen Lebens, der erst mit der militärischen Niederschlagung Deutschlands 1945 gestoppt werden konnte.

Der Antisemitismus selbst wurde somit jedoch weder beendet noch besiegt.

2024 dokumentierte die Antisemitismus-Meldestelle RIAS bundesweit insgesamt 8627 antisemitische Vorfälle, was einen

Anstieg um fast 77% gegenüber 2023 bedeutet. Während die übrigen antisemitischen Vorfällearten auf hohem Niveau stagnieren, nahm der israelbezogene Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 deutlich zu, inklusive Gewalt und Bedrohungen.

Die Kontinuitäten des Nationalsozialismus zeigen sich in immer neuen Formen und sorgen für ein gesellschaftliches Klima, in dem Jüdinnen\*Juden fortwährend bedroht werden.

#### Keine Versöhnung mit Deutschland

„Nie wieder!“ – Das Gedenken an die Shoah und die NS-Verbrechen darf keine bloße Floskel bleiben. Staatliches Gedenken bedient sich des Narrativs eines geläuterten deutschen Staates und einer deutsch-jüdischen Versöhnung, um dem Wiedererstarken der deutschen Nationalidentität den Weg zu ebnen. Es ignoriert, dass die strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen, die den Nationalsozialismus und die Shoah ermöglicht haben, weiter fortbestehen.

Die Schändung des Deporti-

onsmahnmals vom 11. auf den 12. November 2024 ist Ausdruck dieses gesellschaftlichen Klimas. Unbekannte warfen den zuvor niedergelegten Gedenkranz auf die Bahngleise und zerstörten mehrere Kerzen. Solche Angriffe auf das Gedenken zeigen, wie sehr Antisemitismus in der Gesellschaft präsent ist.

#### Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus

Mit jedem Wahlerfolg der AfD, mit jedem Rechtsschwenk der bürgerlichen Parteien wächst der gesellschaftliche Widerstand gegen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Antisemitismus ist dabei integraler Bestandteil der Programme und Wortmeldungen von Funktionär\*innen extrem rechter Parteien, was eine weitere Gefährdung für Jüdinnen\*Juden zur Folge hat. In Berlin formiert sich eine neue Generation von Neonazis, die klassische NS-Ideologie mit rechter Jugendkultur verbinden. Neben dem Hass auf Migrant\*innen, queeres Leben und antifaschistische Strukturi-

ren ist der Antisemitismus ein Bindeglied der extremen Rechten von "III. Weg", über "Die Heimat" bis hin zu Jugendcliquen wie "Deutsche Jugend Voran". Antifaschist\*innen, die aktive Gegenwehr gegen die erstarkenden Neonazi-Zusammenhänge organisieren, sehen sich aktuell einer enormen Repressionswelle ausgesetzt. Es sitzen so viele Antifaschist\*innen in Gefängnissen, wie lange nicht mehr. Unser Widerstand richtet sich ebenso gegen die organisierten Neonazis wie auch gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck und eine nationale Normalisierungserzählung.

Das ihnen gemeinsame antisemitische Weltbild bietet die ideologische Schnittmenge für gefährliche Bündnisse zwischen Akteur\*innen aus verschiedenen politischen Spektren. Gruppen mit diskriminierungskritischem Anspruch zeigen dabei zunehmende Offenheit gegenüber antisemitischen Positionen. Häufig wird Zionismus, das heißt die Legitimation der Existenz eines jüdischen Staates, als neuer Faschismus dargestellt – ein Umstand, der Querfronten legitimiert. In diesem Klima sind auch Aktionen wie die Schändung des Mahnmals in der Levetzowstraße im Mai 2024 zu verstehen. Es wurde mit Parolen wie „Fuck Israel“ und „Free Palestine“ besprüht.

Viele Jüdinnen\*Juden haben in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, dass sie sich in Räumen, in denen sie sich zuvor sicher fühlten, nun nicht mehr frei bewegen können. Von Jüdinnen\*Juden wird verlangt, sich von Israel zu distanzieren. Vermeintliche Verbündete beginnen, antisemitische Parolen zu skandieren und den Terror gegen Jüdinnen\*Juden zu verherrlichen. Antisemitismus und Rassismus werden gegeneinander ausgespielt, anstatt sich gemeinsam gegen au-

toritäre Regime und den Rechtsruck zu stellen.

An Hochschulen geraten Menschen ins Visier, die sich kritisch mit Antisemitismus auseinandersetzen. Veranstaltungen zum Thema werden bedroht, auf israel- oder jüdinnen\*juden-solidarische Aktionen wird mit Feindseligkeiten, Beleidigungen und Todeswünschen reagiert. Dies führt dazu, dass von Antisemitismus und Israel-feindlichkeit betroffene Universitätsteilnehmende, sich nicht mehr uneingeschränkt auf dem Campus bewegen können und ihn teilweise komplett meiden. Antifaschistischer Widerstand muss sich konsequent gegen jede Form von Ausgrenzung und Menschenverachtung richten – auch in linken und progressiven Räumen, wo antisemitische Rhetorik zugenommen hat.

#### **Solidarität mit Israel als Schutzraum**

Das Gedenken an die Gräueltaten der Shoah wird zunehmend instrumentalisiert. Demonstrationen, auf denen von einem "Holocaust in Gaza" die Rede ist, stellen eine klare Relativierung der Shoah dar. Hier vereinen sich gefährliche rechte, islamistische sowie analytisch falsche linke Diskurselemente. Angelehnt an den Philosophen Moishe Postone ist festzustellen, dass die Behauptung, aus der Geschichte gelernt zu haben, lediglich ein Ticket ist, um ausgerechnet Israel die Existenzberechtigung abzusprechen.

Israel ist die logische Konsequenz aus der Shoah. Die Solidarität mit Israel bedeutet die Anerkennung der Notwendigkeit eines jüdischen Schutzraums in einer Welt, die weiterhin von Antisemitismus geprägt ist.

Wir wollen all dem eine Praxis des politischen Erinnerns und Mahnens entgegensetzen, die kritisch auf bestehende Verhältnisse hinweist und nicht auf

eine Erlösung von der Vergangenheit hinarbeitet.

Aus all diesen Gründen kommen wir am 9. November 2025 erneut zusammen. In unserer Auftaktkundgebung gedenken wir der Opfer und jenen, die Widerstand geleistet haben. Unser Gedenken gilt sowohl Jüdinnen\*Juden, als auch den Sinti\*zze und Rom\*nja und den politischen Gegner\*innen, wie Kommunist\*innen, Gewerkschafter\*innen und Sozialdemokrat\*innen, queeren Menschen, Zeugen Jehovas, Menschen mit Behinderung und sogenannten "Asozialen", die der Verfolgung der Nazis zum Opfer fielen.

Auch im Anschluss, bei der antifaschistischen Demonstration zum Mahnmal an der Putzbrücke, bedeutet für uns als Antifaschist\*innen, „eine Zukunft denken, ohne die Vergangenheit zu verraten“ (Moishe Postone), dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen aus der Kontinuität rassistischer, antisemitischer und nationalistischer Zustände einzufordern.

**Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration**  
9. November 2025 |  
16.00 Uhr |  
Mahnmal Levetzowstraße |  
Berlin-Moabit

# Antifaschismus bleibt notwendig!

Während die Neonazis im gesellschaftlichen Diskurs Erfolge feiern können, „Remigration“ breit in der Presse diskutiert wird, rassistische Parolen auf „L’amour toujours“ zum rechten Partyhit wird, Nazigruppierungen zunehmend Nachwuchs an sich binden und Bomberjacken und Springerstiefel wieder zum Jugendtrend werden, wird Antifaschismus einer zunehmenden staatlichen Repressionswelle unterzogen. Im Folgenden wollen wir die wichtigsten Entwicklungen des letzten Jahres kurz beleuchten.

## Naziaktivitäten in Deutschland und Berlin

Während es in den Vorjahren nur vereinzelt rechte Angriffe auf Christopher Street Days (CSDs) und Prides in Deutschland gegeben hatte, traten im Jahr 2024 verschiedene (neue) Neonazi-Strukturen mit einer großen Anzahl Störungen in Erscheinung. In Bautzen erlangte diese Mobilisierung das größte Ausmaß, mit einer Versammlung von über 700 Nazis, die den CSD bedrohte. Auch 2025 kam es wieder zu Angriffen auf CSDs und Demonstrationen gegen queeres Leben. Doch in dieser Pride-Saison war die rechte Bedrohung auch einer größeren (antifaschistischen) Öffentlichkeit bewusst, sodass die Prides besser vorbereitet waren und durch hohe Teilnehmer\*innenzahlen sowie sich eine queer-antifaschistische Selbstverteidigung den Nazis selbstbewusst entgegenstellen konnten. Die Teilneh-

mer\*innen-Zahlen der Neonazis gingen hingegen merklich zurück. Die Nazi-Organisationen, die bereits 2024 neben altbekannten Neonazis vom „III. Weg“ und der „Heimat“ (früher NPD) aufmarschierten, tragen Namen wie „Deutsches Störkommando“, „Jung & Stark“, „Chemnitz Revolte“ und „Deutsche Jugend Voran“ (DJV). Diese neuen Gruppierungen zeichnen sich zum einen durch jugendliche Teilnehmende aus, zum anderen durch eine starke Fluktuation und strukturelle Kurzlebigkeit. Damit unterscheiden sie sich von Organisationen mit Kaderanspruch wie der „III. Weg“, die auf Disziplin setzen und ein geschlossen rechtes Weltbild artikulieren. Die neueren Jugendgruppen treten vordergründig auf Social Media mit Hetze gegen Feindbilder wie Queers, Antifaschist\*innen oder rassifizierte Personen, Verbreitung von klassischen Geschlechterrollen

mit martialischen Männlichkeitsidealen sowie einer offenen Verwendung von NS-Symboliken auf. Die teilweise erschreckende Reichweite der Clips und Memes trägt zur breiten Mobilisierung sowie der Bindung junger Menschen an die Strukturen und einer weiteren Radikalisierung bei. Außerhalb des Internets fallen sie durch eine hohe Gewaltbereitschaft und eher auf Erlebnis und Selbstinszenierung ausgerichtete Aktionen mit Sprechchören und Bannern statt langen Redebeiträgen auf. Dennoch bedienen sie sich hierbei, wenn auch diffuser als die Kaderstrukturen, auch strukturell und explizit antisemitischen Verschwörungserzählungen wie vom „großen Austausch“ oder „white genocide“, bei der eine Bedrohungslage für die weiße, deutsche, traditionelle Kleinfamilie durch eine jüdisch konnotierte Trans- oder Queer-Lobby propagiert wird.

## Antisemitische Vorfälle seit November 2024

### 9. November 2024, Zwickau

Unbekannte beschmieren ein Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am 9. November – dem Gedenktag an die Novemberpogrome 1938 – mit „I love Hitler“ und „NSU lebe hoch“.

### 19. November 2024, Berlin

Unbekannte werfen am Deportationsmahnmal Pultitzbrücke in Moabit, abgelegte Gedenkkranz auf die Gleise und beschädigen Gedenkerzen. Von dort wurden mehr als 30.000 Jüdinnen\*Juden Anfang 1942 vom Moabiter Güterbahnhof aus in Konzentrationslager deportiert.

### 26. November 2024, Krefeld

Unbekannte stehlen in Krefeld sieben Stolpersteine. Die Stolpersteine wurden zur Erinnerung an Charlotte Steinberg, Werner Pappenheimer, Helmuth Pappenheimer, Hilde Pappenheimer, Eugen Hirtz, Simon Hirtz und Selma Hirtz verlegt.



Von den neuen Gruppierungen hat sich in Berlin vor allem die DJV halten können. Insbesondere in ihrem Stammbezirk Marzahn-Hellersdorf entwickelten sie eine rege Aktivität in Form von Propaganda, Veranstaltungen und auch körperlichen Angriffen. Der Anführer der Gruppierung Julian Milz musste im September 2025 für Gewalttaten, unter anderem gegen Linke, eine mehrjährige Haftstrafe antreten. Die Gruppe versucht indessen durch eine Annäherung an die Berliner „Heimat“ das organisatorische Loch zu füllen. Ob die jugendlichen Neonazis der sterbenden Partei einen neuen Aktionsschub geben kann, ist abzuwarten. Die „Heimat“ versucht vor allem mit Konzerten und Kulturveranstaltungen in ihrer Köpenicker Bundeszentrale zu punkten. Der „III. Weg“ führt indessen seine eigene Jugendarbeit fort, nachdem deren Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) im letzten Jahr vor allem mit Gewalttaten wie dem Angriff auf Antifaschist\*innen am Ostkreuz im Juli 2024 und Kampfsporttrainings von sich Reden machte. Auch sie fokussieren sich auf Marzahn-Hellersdorf und Pankow, wo viele ihrer Mitglieder wohnen.

#### Staatliches Vorgehen gegen Antifaschist\*innen

Während staatliche Institutionen die offensichtlichsten Gewalttaten von Nazis nur zögerlich verfolgen, werden gegen Antifaschist\*innen regelmäßig die ganz

großen Geschütze ausgepackt. Von jeglichen Inhalten abstrahierend, wird dabei rechte und linke Gewalt gleichgesetzt – als seien Angriffe auf rassifizierte Personen, Queers und Linke und militante antifaschistische Gegenwehr die beiden gammli- gen Enden der sonst reinen deutschen Wurst. Sowohl das Antifa Ost-Verfahren als auch die Ver- folgung des Budapest-Komplex' werden damit nicht als politisch verstanden und mit teils abenteu- erlichen Konstruktionen werden Antifaschist\*innen, denen vorge- worfen wird, sich militant gegen Nazidominanz gewehrt zu haben, in Untersuchungshaft genommen und mit langjährigen Haftstrafen bedroht. Das durchaus ein poli- tisches Interesse der staatlichen Institutionen besteht, wird nicht nur an den überdrehten Anklage- punkten, wie beispielsweise der des „versuchten Mordes“ gegen Hanna S. im Budapest-Verfahren, der unrechtmäßigen Auslieferung von Maja T. nach Ungarn oder der fehlenden Aufarbeitung von Da- tenweitergaben der Ermittlungs- behörde an rechte Medien wie „Compact“ oder „Nius“ deutlich. Auch die Ausweitung des Paragra- fens §129 zeigt die politischen Di- mensionen mit denen gegen Anti- faschist\*innen und weitere Linke vorgegangen wird: Während bis 2017 ein Verdacht auf Bildung ei- ner kriminellen Vereinigung nach §129a gegen Linke vorwiegend als „Schnüffelparagraf“ verwendet wurde, zeigt die Verurteilung im Antifa Ost-Verfahren, sowie die

aktuelle Verwendung u.a. beim Budapest-Komplex aber auch in Verfahren gegen türkische und kurdische Linke, wie leicht der Paragraf als Repressions-Instru- ment auch gegen linke Strukturen angewendet werden kann. Durch die 2017 ausgeweitete Legaldefi- nition von „Vereinigung“ bedarf es nun deutlich geringeren Nach- weise von konkreter Organisati- on, damit ein vermeintlicher „Zu- sammenschluss“ zur „Verfolgung eines gemeinsamen Interesses“ als kriminelle Vereinigung ge- geben ist. So sitzen Nanuk und Mehmet K. seit Ende 2024 ohne Verurteilung aufgrund des Para- grafen im Knast in Moabit. Nanuk wird die Unterstützung der im Antifa-Ost Verfahren Verurteil- ten und Beschuldigten nach §129a vorgeworfen, weil er Trainings angeleitet habe, an denen unter anderem Mitglieder von soge- nannten Sportgruppen teilgenom- men haben sollen. Mehmet wird mit spärlichen Beweisen die Mit- gliedschaft in der PKK und damit in einer terroristischen Vereini- gung nach § 129b vorgeworfen. So befinden wir uns in der Situ- ation, dass Neonazi-Organisa- tionen gerade massiv versuchen Dominanzräume zu schaffen, wenn diese in ländlichen Regio- nen nicht schon Realität sind, und gleichzeitiges antifaschistisches Handeln einer immer größeren staatlichen Überwachung und Re- pression ausgesetzt ist.

Unsere Parole bleibt deshalb: Antifaschismus bleibt notwendig!

29. November 2024, Aschaffenburg  
Unbekannte beschmieren die Ge- denkstätte zur Erinnerung an die ehemalige Synagoge in Aschaffen- burg und beschädigen einen Ge- denkkranz und Kerzen.

8. Dezember 2024, Lagenau  
Unbekannte schmieren an das Rat- haus, das Mehrgenerationenhaus und an die Martinskirche in Lagenau „Boycott Israel“ und „Juden verga- sen“.

18. Dezember 2024, Frankfurt am Main

Ein 12-jähriger Junge, der beim jü- dischen Fußballverein Makkabi Frankfurt spielt, wird angepöbelt und bedrängt, als er als Erster zum Training erscheint und noch alleine ist. Der ältere Jugendliche sagt zu ihm „Warum spielst du für Juden? Die Juden, die nehmen uns alles weg“ und schubst dann den 12-Jäh- rigen.

31. Dezember 2024, Berlin

Drei junge Männer und eine Frau sehen eine Israelin, die einen herz- förmigen Anstecker trägt, der so- wohl die palästinensische als auch die israelische Flagge vereint. Sie folgen der Frau als diese aus der U-Bahn aussteigt, belästigen sie und ein Mann ruft „Israel muss weg.“ Die Frau reißt die Israelin an den Haaren zu Boden und die Männer treten da- raufhin gegen den Kopf der Betrof- fenen.

# Erinnerung als antifaschistische Praxis

Im postnazistischen Deutschland existiert eine breite bürgerliche Erinnerungskultur: Gedenkort, Bildungsprojekte und Initiativen prägen das Bild. Doch diese Erinnerung bleibt oft lückenhaft, trägt Deutungshoheiten und eine „Wiedergutwerdung“ der Nation in sich. Aus antifaschistischer Perspektive gilt es, diese Leerstellen zu kritisieren und die Frage zu stellen: Was müssen wir als Antifaschist:innen einbringen, damit Erinnern zum Werkzeug für ein gutes Leben für alle wird?

Für uns bedeutet Erinnern nicht, Geschichte still zu betrachten, sondern sie in unsere heutigen Kämpfe zu übersetzen. Antifaschistische Erinnerung macht vergessene Geschichten von Widerstand sichtbar und zieht Lehren für Gegenwart und Zukunft. Antisemitismus, Rassismus und rechter Terror sind nicht nur Vergangenheit, sondern aktuelle Bedrohung, denen wir uns kollektiv entgegenstellen. Geschichte wiederholt sich nicht, aber Erfahrungen und Praktiken vergangener Widerstandskämpfer lassen sich ins Heute übersetzen.

**Berlin als Ort des Widerstands**  
Berlin war schon in der NS-Zeit

ein Zentrum antifaschistischer Praxis: kommunistisch, jüdisch und proletarisch geprägt. Von hier aus wurden Netzwerke geknüpft, Zwangsarbeiter:innen unterstützt, Flugblätter verteilt, Sabotageaktionen durchgeführt und Solidarität gelebt. In dieser Tradition stehen wir, wenn wir heute antifaschistische Erinnerung als Praxis begreifen.

## **Jüdischer, kommunistischer und proletarischer Widerstand**

Der Widerstand der Arbeiter:innenbewegung zeichnete sich durch internationale Solidarität und den klaren Kampf gegen die NS-Diktatur aus: gegen ideologische Manipulation, Militarismus,

Massenverbrechen und Krieg. Im Gegensatz dazu beschränkte sich bürgerlicher Widerstand meist auf die Abwehr von Gleichschaltung, während große Teile des Bürgertums den nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus und Kriegskurs stützten. Frauen spielten im Widerstand eine zentrale Rolle. Ihr Engagement zeigte sich in Wohnungen, Werkhallen und auf Straßen. Sie halfen Zwangsarbeiter:innen, widersetzten sich rassistischer und antisemitischer Politik und bewahrten Solidarität unter extremen Bedingungen. Insbesondere jüdische Frauen und Männer organisierten Untergrundnetzwerke, unterstützten

### 3. Januar 2025, Apolda

Unbekannte legen einen Schweinekopf vor das Prager-Haus in Apolda. Bei dem Haus handelt es sich um einen jüdischen Gedenkort, an dem an Familie Prager erinnert wird, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurde.

### 27. Januar 2025, Strausberg

Am 27. Januar, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus stört ein AfD-Lokalabge-

ordneter in Strausberg mit lautem Geschrei eine Gedenkrede. Nach dem Ende des Gedenkens, verlassen fast alle Teilnehmenden bis auf drei AfDler und ein paar andere Demonstrationsteilnehmende den Ort. Hierbei bedroht ein AfD-Stadtverordneter einen Gedenkteilnehmer mit einem Klappmesser. Alle Demonstrationsteilnehmenden können sich in Sicherheit flüchten, während ein anderer AfD-Stadtverordneter den Angreifer versucht abzuhalten.

### 30. Januar 2025, Berlin

Am Denkmal der ermordeten Juden Europas in Berlin-Mitte greift ein Mann einen Mitarbeiter des Sicherheitsdiensts sowie Passanten an und verletzt ihn.

Außerdem zerstört er Gedenkkranze, die wenige Tage zuvor zum internationalen Holocaust-Gedenktag abgelegt worden sind.



Fluchten, führten Sabotageaktionen durch und beteiligten sich an Aufständen. Beispiele wie Eva Kleczewski, Jüdin und Mitglied des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschland), die 1942 mit ihren Kindern nach Riga deportiert und ermordet wurde, zeigen den Mut und die Verzweiflung dieser Kämpfe.

Kommunist:innen wie Gerda Boenke, Arbeiterin in einer Berliner Maschinenfabrik, äußerten sich offen gegen den Krieg. Sie wurde denunziert, verhaftet und 1944 in Plötzensee hingerichtet. Im Frauengefängnis Barnimstraße organisierten Inhaftierte Streiks und Hungerproteste. Selbst hinter Gittern endete der Widerstand nicht.

Diese Geschichten erinnern daran, dass Widerstand nicht nur bewaffnet war. Er hieß auch, eine Ehe nicht scheiden zu lassen, wie die Nazis es verlangten, heimlich Geld zu sammeln, denunzierten Nachbar:innen beizustehen oder Solidarität zu leben, wo Isolation herrschen sollte.

### **Bedeutung für uns heute**

Genau diese Geschichten von jüdischen, kommunistischen, proletarischen, widerständigen Frauen und Queers werden in der dominanten Erinnerungskultur oft ausgeblendet. Stattdessen stehen bürgerliche Figuren im Vordergrund. Aus feministischer und antisemitismuskritischer Perspektive ist das ein Problem,

weil die Erfahrungen von Arbeiter:innen, von Jüdinnen\*-Juden, von FLINTA\* und Linken unsichtbar bleiben. Antifaschistische Praxis heute heißt, diese Leerstellen zu füllen und der offiziellen Erinnerung eine solidarische, widerständige Perspektive entgegenzustellen.

Nach 1945 war Erinnern selbst ein Kampf. In der DDR wurde Antifaschismus zur Staatsdoktrin, jüdische Stimmen aber häufig marginalisiert. In der BRD dominierte lange das Schweigen, jüdischer und kommunistischer Widerstand wurden verdrängt. Erst durch das beharrliche Engagement von Holocaust Überlebenden, anderen Betroffenen und antifaschistischen Gruppen gelang es, ein breiteres Gedenken einzufordern. Doch ihre Forderungen wurden nie vollständig eingelöst, in ihrer Erinnerung kämpfen wir dafür als Antifaschist:innen heute weiter.

### **Erinnerung als Verpflichtung**

Für uns ist Erinnern kein Ritual, sondern Praxis. Sie verpflichtet uns, dort laut zu sein, wo Antisemitismus, Rassismus und rechte Gewalt normalisiert werden. Sie verpflichtet uns, von rechter Gewalt betroffene Stimmen ins Zentrum zu stellen und die Kämpfe der Arbeiter:innen, Jüdinnen:Juden, FLINTA\* und Migrant:innen fortzuführen. Insbesondere in einer Zeit, in der verharmlosende oder leugnende Inhalte über den

Holocaust und den nationalsozialistischen Vernichtungsfeldzug auf den Straßen und auf unseren Bildschirmen normalisiert werden und Schlussstrich-Debatten an der Tagesordnung stehen, reicht es nicht aus, auf die bürgerliche Erinnerungskultur zu setzen, sondern eine antifaschistische Erinnerungskultur zu etablieren.

Entscheidend ist dabei eine widerständige Perspektive, in der Erinnern nicht nur Symbol, sondern ein politischer Akt ist. Wir erinnern an die Opfer, Überlebenden und Hinterbliebenen der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Wir analysieren, welche Rolle nationalsozialistische Kontinuitäten nach 1945 und bis heute gesellschaftlich wie politisch haben. Wir erinnern an jüdischen, kommunistischen und antifaschistischen Widerstand, weil er zeigt: Auch im Angesicht totaler Gewalt gab es Solidarität und den Willen, eine andere Welt zu erkämpfen. Erinnerung und Widerstand gehören zusammen. Erinnern heißt handeln. Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus. Gegen alten und neuen Faschismus. Für eine solidarische Gesellschaft. Alerta Antifascista!

#### 1. Februar 2025, Berlin

Bei einer Demonstration mit dem Titel „Hands off Westbank“ in Berlin-Mitte wird mehrfach gesagt: „Wer eine Waffe habe, soll damit Juden erschießen oder sie der Hamas übergeben!“

#### 3. Februar 2025, Kassel

Bei einer Kunstinstallation in der Kunsthochschule Kassel werden Exponate gezeigt, die den Terror der Hamas gegen Israel glorifizieren.

Dabei verwendet eine Studentin ein Kunstwerk eines Gastkünstlers, der antisemitisch in den Sozialen Medien auftritt. Hamas-Terroristen sind für ihn „einfache Männer“ und „Superhelden“. Das Exponat trägt den Titel „But there will be resistance“.

#### 21. Februar 2025, Berlin

Ein Tourist wird durch einen Messerangriff am Denkmal der ermordeten Juden in Berlin-Mitte lebensgefährlich verletzt. Vor der Polizei sagt

der Täter aus, er wollte Juden töten.

#### 14. März 2025, Gotha

Unbekannte stehlen den Stolperstein für Harry Neuwirth. Neuwirth, der 1909 in Gotha geboren wurde, floh 1939 ins Ausland. Wohin, ist unbekannt. Sein Vater, der Fotograf Isidor Neuwirth, wurde 1945 nach Theresienstadt deportiert und überlebte die Shoah.

# Gemeinsame Blindstellen: Wenn Emanzipation in Antisemitismus kippt

## Antizionistische und antisemitische Regression in der 68er-Bewegung

War nach 1945 der offene Antisemitismus in der akademischen Landschaft zwar diskreditiert und galt als nicht mehr salonfähig, so verschwand er doch keineswegs. Abseits der Rechten verlagerte er sich vielmehr in subtilere Formen, die unter dem Deckmantel von Kapitalismuskritik, Antiimperialismus oder „Israelkritik“ weiterlebten. Gerade in Milieus, die sich als progressiv und emanzipatorisch verstanden, wie Teilen der 68er-Bewegung oder den späteren postkolonialen Theorien, fand diese neue Form des Antisemitismus Einzug.

Vor 1967 herrschte in linken Milieus, von linksradikalen bis linksliberalen Kreisen, eine ausgesprochen proisraelische Haltung. Der "Sozialistische Deutsche Studentenbund" (SDS) unterstützte Wiedergutmachungszahlungen

an israelische Einzelpersonen und Institutionen. 1957 gründete sich an der Freien Universität Berlin die Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS). 1962 führte sie eine Kampagne zur Unterstützung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel.

Mit dem Sieg Israels im Sechstagekrieg 1967 kam es jedoch in der westdeutschen Linken zu einer deutlichen Abkehr von Israel. Die Besetzung von Teilen der Westbank, die zuvor unter jordanischer Kontrolle standen, führte dazu, dass Israel von der westdeutschen Linken zur hegemonialen Besatzungsmacht stilisiert wurde. Trotz aller Kritik, die die 68er-Bewegung am real existierenden Sozialismus äußerte, orientierte sie sich ideologisch zunehmend am Ostblock. Dies zeigte sich besonders in der Einordnung Israels in der Welt-

politik: Unter dem Einfluss des Marxismus-Leninismus wurde Israel nun als „zionistischer Aggressor“ wahrgenommen. Aus den jüdischen Opfern der Vergangenheit wurden in dieser Logik Kolonisator\*innen, Vertreiber\*innen, Ausbeuter\*innen und Rassist\*innen.

Dieses Denken fügte sich in ein manichäisches Weltbild, das die Welt in einen imperialistischen Westen und eine sich befreiende „Dritte Welt“ aufteilte. Israel wurde Ersterem zugeordnet – und stand damit vermeintlich auf der „falschen Seite der Geschichte“. Wo zuvor eine parteiliche Unterstützung Israels und der Überlebenden der Shoah aus antifaschistischer Überzeugung dominierte, wurde nun aus derselben Überzeugung eine Gegnerschaft zu Israel und seinen Bürger\*innen abgeleitet. Diese

27. März 2025, Duisburg  
Unbekannte malen antisemitische Schmierereien in der Universität Duisburg: So wird ein Pfeil in Richtung eines SPD-Stickers gemalt und an den Pfeil „jüdische Kanalaratten“ geschrieben. Bereits in der Vergangenheit gab es Schmierereien wie „Drecksjuden“ in der Universität.

29. März 2025, Zwickau  
Unbekannte beschmierern eine Gedenktafel zur Erinnerung an die

Deportation und Ermordung von Jüdinnen\*Juden in Zwickau mit einem Hakenkreuz.

8. April 2025, Erfurt  
Nach dem sogenannten „Thüringen-Derby“ der Fußballvereine FC Carl Zeiss Jena (FCC) und FC Rot-Weiß Erfurt (RWE) stimmen Fußballfans des FCC in einem Zug von Erfurt nach Jena eine Textzeile des „U-Bahn Lieds“ der Rechtsrock-Band „Landser“ an. Die Zeile

lautet „Eine U-Bahn bauen wir, von Erfurt bis nach Auschwitz“. Andere Fans versuchen dies zu verhindern, scheitern aber.

16. April 2025, Berlin  
Antiisraelische Personen besetzen den Emil-Fischer-Hörsaal der Humboldt-Universität in Berlin-Mitte. Sie zerstören das Mobiliar des historischen und denkmalgeschützten Hörsaals, Vorräume und das Treppenhaus und schreiben die folgen-

Abkehr von der Vergangenheitsbewältigung – bis hin zu deren Umkehrung – kann als ein tiefgreifender politisch-diskursiver Bruch verstanden werden. Denn in den folgenden Jahren bildete dieser Wandel die Grundlage für zahlreiche antisemitische und antizionistische Kampagnen, bis hin zur Unterstützung oder Durchführung terroristischer Anschläge.

Ein markantes Beispiel für die Radikalisierung vom Antizionismus zum Antisemitismus war der gescheiterte Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1969 durch die linksterroristische Gruppe „Tupamaros West-Berlin“. Die Wahl des Zeitpunkts – das Gedenken an die Novemberpogrome – war bewusst gewählt: Zum einen wollten die Täter\*innen damit ausdrücken, dass ihrer Auffassung nach die Opfer des deutschen Faschismus nun selbst zu „Faschisten“ geworden seien. Zum anderen sollte ein demonstratives Zeichen gegen das „vermeintliche deutsche Schuld-bewusstsein“ gesetzt werden. Darüber hinaus wurden jüdische Mahnmale mit Parolen wie „Shalom und Napalm“ beschmiert. Mit dieser Täter-Opfer-Umkehr wurden Jüdinnen\*Juden sowie jüdische Einrichtungen zu Verantwortlichen für die Politik Israels erklärt.

Der versuchte Anschlag ebnete ideologisch wie methodisch den

Weg für andere Guerillagruppen wie die RAF, die „Roten Zellen“ oder die „Bewegung 2. Juni“. Besonders perfide zeigte sich dies in der Flugzeugentführung am 27. Juni 1976 durch ein palästinensisches Kommando in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der „Revolutionären Zellen“. Ziel war die Freipressung inhaftierter „Freiheitskämpfer“ in israelischen und westdeutschen Gefängnissen. Dabei fand eine Selektion der Geiseln statt: Nichtjüdische Personen wurden freigelassen, während Jüdinnen\*Juden weiterhin festgehalten wurden – eine Praxis, die an die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erinnerte. Dass deutsche Linksterrorist\*innen diese Selektion durchführten, machte die antisemitische Dimension dieser Tat knapp dreißig Jahre nach Auschwitz besonders deutlich.

Antizionismus und Antisemitismus waren jedoch nicht nur auf die extremen terroristischen Gruppen beschränkt, die teilweise von der übrigen Linken isoliert agierten. Auch innerhalb studentischer Organisationen wie dem SDS fanden sich antisemitische Tendenzen. So sprach Rudi Dutschke von einer „zionistischen Imperialistenclique“, die angeblich die arabischen Völker unterdrücke. Damit verband er antiimperialistische Rhetorik mit antisemitischen Feindbildern. In Flugblättern des SDS aus

dem Jahr 1967 wurde Israel als „Apartheidstaat“ oder „Völkermordstaat“ bezeichnet. Begriffe wie „Auschwitz“ oder „KZ“ wurden instrumentalisiert, um die Politik Israels zu delegitimieren. In solchen Äußerungen und Kampagnen wurde der sekundäre Antisemitismus der 68er-Bewegung besonders deutlich.

Die 68er-Bewegung verstand ihren Antizionismus als Ausdruck antiimperialistischer Solidarität, reproduzierte jedoch damit tradierte antisemitische Muster. Diese Verbindung von Schuldabwehr, Revolutionsromantik und Judenfeindschaft prägte den politischen Diskurs der Bundesrepublik nachhaltig.

#### Vom Antizionismus der 68er zur postkolonialen Theorie

Obwohl die postkoloniale Theorie eine unverzichtbare Kritik des europäischen Kolonialismus und seiner weitreichenden Hinterlassenschaften formuliert hat, zeigt sich häufig ein Versagen im Umgang mit der spezifischen Thematik des Antisemitismus. Der Ursprung dieses Problems lässt sich bereits im inoffiziellen Gründungsdokument der postcolonial studies Edward Saids Orientalism erkennen. Said formulierte die einflussreiche These, dass der Westen das Bild eines monolithischen „Orients“ konstruiert habe, um sich selbst in Abgrenzung zu diesem zu definieren und eine Legitimation für

[weiter auf Seite 14]

den Parolen an die Wände: „Zionisten sind Faschisten“, „Intifada bis zum Sieg“, „Free Gaza glory to the resistance“.

#### 18. April 2025, Berlin

Erneut kommt es zu einem Angriff auf die israelisolidarische Bar „Bajszel“ in Berlin-Neukölln. Unbekannte werfen einen Pflasterstein auf die Scheibe der Bar. Nur Dank der eigens angebrachten Sicherheitsscheibe kann verhindert wer-

den, dass jemand verletzt wird. Das Bajszel wurde seit dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 mehrfach attackiert, zuletzt am 7. April.

#### 14. Mai 2025, Rastatt

Unbekannte beschmieren Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Rastatt mit Nazi-Symbolen, auch ein Gebäude nahe des jüdischen Friedhofs wird mit den Worten „Terrorstaat Israel“ und einem durchgestrichenen

Davidstern beschmiert. Weitere Orte in Rastatt sind verunstaltet.

#### 24. Mai 2025, Berlin

Unbekannte hängen – nach dem Mord an zwei Mitarbeitenden der israelischen Botschaft in Washington – nahe der Humboldt Universität in Berlin-Mitte ein Bild des einen Opfers auf. Über dem Kopf des Ermordeten steht „Make zionists afraid“, darunter befindet sich ein rotes Dreieck. Unter dem Bild steht der Name









dessen Beherrschung zu schaffen. Innerhalb dieses Deutungsrahmens wurde der Antisemitismus jedoch in einem allgemeinen „Anti-Semitismus“ aufgelöst, der Jüdinnen\*Juden und Muslim\*innen gleichermaßen als Opfer desselben „orientalistischen“ Rassismus erscheinen lässt. Gerade diese begriffliche Einebnung verkennt die besondere Logik des modernen Antisemitismus. Dieser manifestiert sich als wahnhaftes Weltanschauung, die Jüdinnen\*Juden nicht als unterdrückte Minderheit, sondern als unsichtbare, abstrakte und allmächtige Weltverschwörung imaginiert. In dieser Wahrnehmung ist "das Judentum" für die Übel der modernen Gesellschaft verantwortlich. Diese theoretische Unschärfe führte von Beginn an zu einem systematischen Verkennen des Antisemitismus in seiner Eigenart.

Zusätzlich manifestiert sich ebendiese Blindheit nicht selten im Leugnen der Singularität der Shoah. So wird der Völkermord an den europäischen Jüdinnen\*Juden nicht etwa als Ausdruck eines einzigartigen „Erlösungsantisemitismus“ begriffen, sondern erscheint in der postkolonialen Lesart lediglich als ein Verbrechen unter vielen. Jürgen Zimmerer, deutscher Historiker, etwa zieht eine direkte Linie „von Windhuk nach Auschwitz“ und deutet den Holocaust als bloße Anwendung kolonialer Gewalt-

praktiken auf europäischem Boden. Eine Gleichsetzung und folglich Relativierung des Holocaust in seiner Einzigartigkeit, die sich in weiteren Texten im Rahmen der postkolonialen Theorie auffinden lässt und die befremdliche Thesen zur Folge hat. Dirk Moses, australischer Genozidforscher, kritisiert etwa, dass die deutsche Erinnerungskultur einem quasi-religiösen „Katechismus“ folge, der andere Genozide verdränge. Michael Rothberg, US-amerikanischer Literaturwissenschaftler, plädiert für eine „multidirektionale Erinnerung“, in der die Shoah ihre herausgehobene Stellung verliert, um Platz für andere Opfergeschichten zu machen. Kritiker\*innen warnen, dass hierbei das spezifisch antisemitische Motiv in den Hintergrund trete und der Holocaust sich in ein universelles, letztlich jedoch entleertes Symbol für Rassismus oder Kolonialismus verwandle.

Ein weiterer Ausdruck des Unvermögens der postkolonialen Theorie in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus zeigt sich auch in ihrem Antizionismus. In verschiedenen Texten wird die These vertreten, dass sich der Staat Israel in der Dualität eines „kolonialen Westens“ und eines „unterdrückten Globalen Südens“ zwangsläufig als "weißer, rassistischer Siedlerstaat" präsentiert. Dieser Ansatz vernachlässigt die jahrtausendealte

Geschichte von Jüdinnen\*Juden in Palästina sowie die Tatsache, dass ein Großteil der jüdischen Israelis Nachkommen von aus arabischen und persischen Ländern vertriebenen Flüchtlingen ist. In der Folge werden gegenüber Israel dämonisierende Analogien gezogen, es werden in der Kritik doppelte Standards angewandt und schließlich wird Israel das Existenzrecht abgesprochen. Allesamt Elemente, die auf einen israelbezogenen Antisemitismus schließen lassen.

Gerade in der postkolonialen Theorie zeigt sich damit ein paradoxes Spannungsfeld: Sie gibt vor, Unterdrückung sichtbar machen zu wollen, verliert aber beim Antisemitismus den Blick für dessen Eigenlogik. Indem sie die Shoah relativiert und den Staat Israel zum Symbol kolonialer Gewalt erklärt, verfehlt sie ihr emanzipatorisches Versprechen und wird selbst Teil des Problems.

#### Quellen:

Herf, Jeffrey: Unerklärte Kriege gegen Israel: Die DDR und die West deutsche Radikale Linke, 1967-1989, Bonn 2020.

Poliakov, Leon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 2018.

des Ermordeten „Yarón Lischinsky“ sowie dessen Geburts- und Todesjahr „1994 – 2025“. Dem Todesjahr vorangestellt ist ebenfalls ein auf der Spitze stehendes Dreieck.

#### 25. Mai 2025, Hamburg

Hamburgs Antisemitismusbeauftragter Stefan Hensel fährt mit seiner Tochter im Auto und hört dabei Musik auf Hebräisch, woraufhin ein Lieferwagen-Fahrer ihn als „Kindermörder“ und „Scheiß-Israeli“ be-

schimpft. Es folgt der Versuch seitens des Lieferwagen-Fahrers den Antisemitismusbeauftragten von der Straße abzudrängen.

#### 6. Juni 2025, München

Unbekannte beschmieren einen Hörsaal der Ludwig-Maximilians-Universität München mit den Parolen „Free Palestine“, „Heil Hitler“ und „Kanye hatte Recht“. Mit „Kanye“ ist der Rapper Kanye West gemeint. Der Rapper war zuletzt in den Schlagzei-

len, weil er in einem seiner Songs eine Rede von Adolf Hitler verwendete und Hakenkreuz-Shirts verkaufte.

#### 21. Juni 2025, Berlin

Bei einer antiisraelischen Demonstration unter dem Motto „United4Gaza“ in Mitte demonstrieren Linke, Anhänger des Mullah-Regimes und Islamit\*innen zusammen. Gezeigt wird die Flagge der Taliban sowie das „Schwarze Banner“ des IS. Zahlreiche Flaggen des Mullah-Regimes im Iran wehen.



# “The holocaust deniers must be presented with facts”

David ist der Sohn jüdischer Eltern aus Berlin, die die Novemberpogrome von 1938 miterlebten. Beide wuchsen in einer Stadt auf, in der jüdisches Leben gesellschaftlich, kulturell und religiös tief verankert war, bevor sich für sie mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus alles veränderte. Nach ihrer Flucht nach Großbritannien begannen Davids Eltern ein neues Leben. David selbst arbeitete als britischer und europäischer Beamter und Historiker und ist Autor von zwei Romanen. Sein jüngstes Buch, „Abraham’s Genes“ (2023), entwirft eine alternative Zukunft für den Nahen Osten auf der Grundlage eines radikalen Friedensplans. Wir sprechen mit David im Rahmen des antifaschistischen 9. November Bündnisses. Jedes Jahr am 9. November organisieren wir eine Gedenkkundgebung mit anschließender Demonstration, die sich bewusst von den offiziellen staatlichen Formen des Gedenkens in Deutschland abgrenzt und diesen kritisch gegenübersteht. Dabei erinnern wir an die Opfer der Novemberpogrome und machen zugleich auf die Kontinuitäten des Antisemitismus in Deutschland bis in die Gegenwart aufmerksam. Dieses Gespräch mit David zielt darauf, die Stimme eines Menschen zu bewahren und weiterzugeben, der die Erinnerungen an die Shoah über Generationen hinweg weiterträgt. Wir sprechen mit ihm nicht nur, um mehr über seine Familiengeschichte zu erfahren, sondern auch, um zu verstehen, wie die Ereignisse von 1938 und das, was darauf folgte, seine Perspektive auf Gedenken und Erinnern sowie seine eigene jüdische Identität geprägt haben.

Das Interview veröffentlichen wir auf Englisch, um widerzuspiegeln, dass Davids Eltern erst nach ihrer Flucht nach Großbritannien aufhörten, zu Hause Deutsch zu sprechen, wodurch dieser Generationsbruch sowie die bewusste Distanz zur deutschen Sprache erhalten bleibt.

David is the son of two Jewish Berliners who experienced the November pogroms in 1938. Both had grown up in a city where Jewish life was deeply rooted – socially, culturally, and religiously – before everything changed for them with the rise of National Socialism. After emigrating to the UK, David’s parents built a new life. David himself worked as a British and European civil servant and historian and has published two novels. The latest, “Abraham’s Genes” (2023), outlines an alternative future in the Middle East based on a radical peace plan.

We are speaking with David as part of our ongoing commitment to remembrance. Every year, we organize a remembrance rally on November 9th that takes place separately from and critically towards official German state commemoration. We remember the victims of the November pogroms and draw attention to the continuity of German antisemitism in the present. This conversation with David aims to preserve and share the voice of someone who carries the memory of the Shoah across generations. We are speaking with him not only to learn more about his family history but also to understand how the events of 1938 and what followed have shaped his relationship towards remembrance and his own Jewish identity.

The interview remains in English, reflecting that it was only after emigrating to the UK that David’s parents stopped speaking German at home, preserving this generational break and conscious distance from the language.

**26. Juni 2025, Nordrhein-Westfalen**  
Beim Besuch einer NS-Gedenkstätte ruft ein\*e Schüler\*in „Ich hasse alle Juden“.

**12. Juli 2025, München**  
Unbekannte schicken postalisch einen handgeschriebenen Brief auf Englisch an eine Münchner Jüdin. Darin wird die Betroffene als „zionistisches Schwein“, „Kinder- und Frauenmörder“, „zionistischer Mörder“ und „Besitzer“ bezeichnet.

**26. Juli 2025, Düsseldorf**  
Das Portrait des Holocaust-Überlebenden Jovam Rajs wird mit „Fuck Israel“ beschmiert, seine Augen mit Kreuzen durchgestrichen und an seine Oberlippe ein Hitlerbart geschmiert. Jovam Rajs überlebte das Konzentrationslager Bergen-Belsen.

**4. August 2025, Baden-Baden**  
In der Innenstadt, am Willy-Brandt-Platz, wird ein Gedenkstein umgeworfen und zerstört. Die zwei Meter

große Säule wurde im Jahr 1988 zum Gedenken an die Judenverfolgung und als Aufruf zur Versöhnung errichtet.

**7. August 2025, Regensburg**  
In einem Einkaufszentrum schmier Unbekannte „Holocaust ist eine Lüge“ an eine Wand.

**7. August 2025, Würzburg**  
Unbekannte schmier „Scheiß Juden“ auf eine Laterne.



**The November pogroms in Berlin and the Shoah play an important role in your family history. Can you tell us what life was like for your parents in Berlin in the 1930s?**

It is important to recognise just how assimilated many German Jews felt in pre-Nazi Germany, especially in Berlin. My parents were not religious. They were more likely to have a Christmas tree than a menorah and would certainly have identified themselves as Germans first, although they never (like some) tried to deny or dissemble their Jewish descent. Yet [...] they were well aware that casual antisemitism was common and that the established churches often encouraged this.

My father, born Willy Tichauer, was named after an uncle who was a convinced Zionist and who died fighting the Russian 'pogromists' at the battle of Tannenberg. [...] Willy was 23 in 1938. My mother, born Erika Solon, had only just turned 19 at the time of the November pogrom. Her father, Friedrich Solon had been one of the few Jewish officers in the German army during World War I. He was, if anything, a Prussian patriot. He had been awarded the Iron Cross and the Ehrenmedaille. In his poetry – which he continued to write even in exile – he expresses his fury and incomprehension as

to how the Fatherland could have turned against him and his kind.

**What was the political situation like for your parents at the end of 1938?**

[...] Both started life as the children of middle-class, well-to-do typical Berlin Jews. In Willy's case rather more than well-to-do; his father Georg was a self-made man, easily the most interesting personality in our family. (He went from an orphanage in Silesia via Stettin, where he opened a cinema before the war, to Berlin, where he owned several dance-halls and bars in the heydays of the 1920s - becoming seriously wealthy before losing everything - and ending his life at the age of 63 making lampshades in Leeds). Erika's grandfather had been an alderman on the Berlin city council and Friedrich himself was a lawyer working for Ullstein Verlag.

As far as I can gather, it was my grandparents who bore the brunt of Nazi measures, and it seems that they must have done their best to protect their children against the worst manifestations of anti-semitism. According to Erika there were relatively few incidents at school, although she was not able to continue her education and had [...] to work for a Jewish-owned milliner. Both my parents found that they were helped by their fathers' connections. On one occasion Willy was arrested, but he

was allowed to warn Georg whose contacts in the police got him released – no doubt money changed hands. Erika thought that her father's friends in the Berlin city government had been helpful, but she was never interested enough to know in what way.

**What was the relevance of the November pogroms in the lives of your parents?**

My father never spoke about the pogrom itself. No doubt the memory and the humiliation were not something he wanted to pass on to me and my sister. As for Erika, it was one of her abiding memories that when she turned up for work at the hat shop the following day, it was to find the windows smashed and the hats decorating the trees outside.

**What conclusions did your parents draw from the November pogroms?**

Certainly the families must have considered emigration long before 1938. But only one relative – Erika's uncle Alfred – actually left; he moved to London in the early 1930s. But it is clear that the family only realised that the situation was hopeless after the November pogrom. They left rapidly, in a disorganised fashion and not together as families. Willy crossed the Dutch frontier with a friend clandestinely and was eventually received by a Dutch Jewish rescue organization.

**2. September 2025, Freiburg im Breisgau**

Der Besitzer des israelischen Restaurants Jaffa bittet einen Mann darum, der seinen privaten Parkplatz belegt, diesen frei zu machen. Daraufhin sagt der Mann zum Besitzer: „Ich werde dich und deinen Sohn fi\*\*\*\*. Wir werden euch umbringen.“ Der Mann ist dem Besitzer von antiisraelischen Demonstrationen bekannt, die sich auch gegen das andere Restaurant des Besitzers richteten.

**3. September 2025, Weimar**

Unbekannte übergießen drei Stolpersteine mit roter Farbe, sodass die Namen der Personen, an die die Steine erinnern, unlesbar sind. Die Stolpersteine erinnern an die jüdische Familie Eichenbronner: Lena, Peter und Hans Eichenbronner flohen 1939 nach Lettland und wurden nach der Besetzung 1941 durch die Nationalsozialisten ermordet.

**6. September 2025, Bonn**

Nach einer Solidaritätsveranstaltung für einen Aktivistin, der antiisraelische Demonstrationen dokumentiert, kommt es zu Beleidigungen und Bedrohungen. Der Eingangsbereich des Veranstaltungsorts wird von mehreren Personen gestürmt, sie tragen die Kufiya (=Palästinensertuch), rot-schwarze Schlauchschals, mutmaßlich Quarzhandschuhe und werden dem linken Spektrum zugeordnet.

His parents also left clandestinely although, I do not have the details apart from my grandmother's recollections of 'crossing the border via narrow bridge' – no doubt they used their remaining funds to pay people smugglers, as indeed the Solon parents may have done. Erika and her sister Lisa must have had help from their uncle in London. She found that she had to adapt to the circumstances as best she could, taking whatever jobs were available – at first as a servant in a Jewish household in London, later as a waitress in Oxford. In retrospect, it seems remarkable that both families succeeded in immigrating to the United Kingdom and finding ways to survive, albeit as destitute stateless persons. Erika's aunt, in whose house on the Stölpchensee she had spent many happy afternoons, and Georg's favourite brother, a chemist in Treptow, sent their children abroad but stayed themselves in order to look after the old people; they were both murdered at Auschwitz, as – according to Yad Vashem – were two other uncles.

### **What happened to your parents after that?**

Willy's journey was the most dramatic. While in the Netherlands he had applied for visas to both the UK and the USA; as it turned out the British one came first, although it is possible that he had already decided to go to London because he knew that Erika, with whom he had a close relationship (they had met at a Jewish sports club in Berlin) was headed that way.

But on the outbreak of war he was interned as a stateless alien and was sent to Australia on board the infamous Dunera<sup>1</sup>, a ship whose crew so mistreated their passengers that one committed suicide. Willy remained in Australia until 1942 when his application to join the British forces was accepted. Life as an internee was hard [...], but Willy used the time to develop his skills as an artist [...]. There

were other artists among the internees, Jews and non-Jewish antifascists like Hein Heckroth<sup>2</sup>, the theatre designer.

### **How did your father experience internment? Can you describe his journey from the internment camps to England?**

On his return to Britain, Willy was sent to Catterick Camp in Yorkshire, where he trained as an expert in self-defence. He spent his free time worrying about marrying Erika. They did marry the following year and were eventually able to live together in married quarters, while Erika worked in a munitions factory, until Willy was sent to France after the D-Day invasion. He accompanied the Pioneer Corps to Belgium, where he nearly fell victim to a 'flying bomb' attack on Antwerp, but when allied troops crossed into Germany he was transferred to the Intelligence Corps where his linguistic skills were appreciated. He was outraged by the testimony of the senior Nazis at the Nuremberg trials, which he helped to translate.

Eventually he was offered a commission in the army, but in 1945 he preferred to be demobbed and to join with Erika and his parents, who had in the meantime been released from internment in a camp for stateless aliens on the Isle of Man. They had decided to move to Leeds, a city with a large textile industry, which had attracted many Jews after the Russian pogroms in the previous century. They set up a lampshade-making workshop which in the end provided them with a livelihood until 1957, when Willy, who had already exhibited his artwork a number of times, was offered a teaching post at Leeds College of Art.

### **How did the experiences of your parents affect your upbringing?**

I can only conclude that my parents did everything they could

to put their history behind them. They did not discuss it – although they did answer questions in a general way – and, consciously or not, forgot – or tried to forget – their early lives. They changed their names and [became] British citizens in 1947. They never spoke German at home, even though their English was certainly not perfect. I believe that just as their own parents had tried to protect them from the cruelties and humiliations of the 1930s, so they tried to help us make our own lives as British as possible, although they had no objection to my learning German or visiting Germany. Likewise, Willy himself would not buy a German car or any other German product, even though he always said that this prohibition did not extend to me or my sister.

### **What was your family's relationship with Germany after the war?**

Yet I know that Willy did go to Germany in 1945. He must have accompanied the British troops when they occupied Bergen-Belsen. He took pictures both before and after the camp was destroyed with flamethrowers. And many pictures of Berlin in ruins, especially the area near where Erika had lived. Yet he never spoke about it.

Both of my parents passed through Germany once – on their way home from Yugoslavia [...]. Then Erika went with me to Berlin in 1971, but the only thing she recognised was the grill in the window of the U-Bahn station in Wittenbergplatz. Yet at the end of her life when she fell victim to dementia, Erika could only remember her Berlin address – the one in Leeds where she had been living for fifty years had somehow been lost. Such is life.

### **What was your family's relationship with Judaism?**

The family, while well aware of their Jewish identity, never practised Judaism, although they did

know members of the Reform synagogue in Leeds. My father thought I should learn more before making my own mind up as to whether to choose a Jewish way of life or to continue on their path of secularism. I was sent to Sunday school at the local shul. After a couple of years, I was tolerably familiar with the Old Testament, but never learned Hebrew. No one in our family found it easy to bond with the Orthodox Jewish community in Leeds who had adopted much the same mentality as their ancestors who had come from the shtetls of Central

and Eastern Europe. We did however, especially in the 1950s and 60s, join with them in donating money in support of the State of Israel.

### What is your perspective on commemorating the Shoah?

And so to the central question facing diaspora Jews today. At a time when right wing and racist sentiment is growing, both in Europe and elsewhere, it is vital to remember the horrors of the last generation. The holocaust deniers

must be presented with facts. The last holocaust survivors have passed away, or soon will.

My generation has been incredibly fortunate to live through an age when the principles of compassion and common humanity have been incorporated into government policies and international law. All minorities, and not least diaspora Jews, have benefited enormously from this; but it would not have happened had it not been for the revulsion inspired by the horrors of the Holocaust. My fear is that as we

Berliner VVN-BdA

## "Ihr habt keine Schuld an der ganzen Geschichte. Aber ihr tragt Verantwortung."

Kurt Hillmann wurde 1933 als Sohn einer jüdischen Polin und eines Deutschen in Berlin geboren. Prägend für ihn waren seine frühen Erfahrungen mit Antisemitismus und den anderen Verbrechen der Nazis. Kurt Hillmann ist dieses Jahr, am 28.02.2025, gestorben. Trotz seines hohen Alters waren wir überrascht, weil er zu den Menschen gehörte, die eine Konstante darstellen. Eine Größe, deren Verschwinden nicht denkbar war. Wenn Kurt Hillmann einen Raum bzw. die Bühne betrat, füllte er ihn aus. Er beeindruckte uns mit seinem unerschütterlichen Glauben an die Möglichkeit, die Welt selbst zu gestalten, sich zu engagieren und Unrecht niemals zuzulassen.

Deshalb möchten wir hier Kurt zu Wort kommen lassen, und zitieren aus dem Redebeitrag, den er 2023 auf der Kundgebung am 9. November in Moabit an uns richtete.

„Der 9. November ist in der deutschen Geschichte ein denkwürdiger Tag in mehrfacher Hinsicht.  
1918 - November-Revolution in Deutschland.  
1923 - Der Hitler-Ludendorff-

Putsch, bekannt als Marsch zur Feldherrnhalle in München.

1938 - Die Pogromnacht gegen Juden, von den Nazis verharmlosend „Kristallnacht“ genannt.

1989 - Der Fall der Mauer in Berlin.

Herausragend ist der 9. November 1938, die Pogromnacht gegen Juden. In aller Öffentlichkeit wurde brutal gegen Juden und jüdische Einrichtungen vorgegangen. [...]





enter a new phase of violence and racial and religious hatred, this hugely valuable asset is being squandered.

The treatment of Palestinian non-combatants has split Jews both in Israel and abroad as few other issues could. With the support of the current US administration, Israel appears to be among the countries most opposed to multilateralism and to the rule of international law. Yet it is these very things which provide minorities with the safeguards they need. The interests of the Jewish

diaspora and those of the elements running the State of Israel today have never been so divergent.

Will the Shoah come to be treated as a detail of history, however repugnant the details [...]? One can only hope not. The next generation must understand what cruelties modern, industrial nations are capable of. But will it be enough for children to visit holocaust memorials or concentration camps? Will that be enough to set the Shoah aside from all other man-made atrocities?

<sup>1</sup> On the ship Dunera, in 1940, the British government deported mostly refugees from the Nazis to Australia, where they were interned. About 2,300 Germans and Austrians as well as 200 Italians experienced a 57-day voyage marked by violence and hardship.

<sup>2</sup> Hein Heckroth (\*1901 †1970) was a German-British painter, stage and film designer.

Heute, 85 Jahre danach, beschäftigen wir uns immer wieder mit Antifaschismus in unserer Gesellschaft. 2021 gab es 2.738 antisemitische Vorfälle. Das waren 40% mehr als im Jahr 2020. Sechsmal kam es zu extremer Gewaltanwendung und 63 mal zu Angriffen auf Personen und jüdische Objekten. Heute erinnern wir an eine Ausgeburt des Faschismus des 20. Jahrhundert, den Holocaust. [...]

Geboren 1933, habe ich die Schrecken und Ängste nicht nur des Krieges, sondern auch die Verfolgung der Juden miterlebt. Ich bin einer. Elf Angehörige meiner Familie wurden ermordet. Zehn im Vernichtungslager Kulmhof. Dort, wo jüdische Männer, Frauen und Kinder in Lastwagen zu den ausgehobenen Gruben gefahren wurden. Auf der Fahrt wurden sie durch die Abgase, in die LKW geleitet, getötet. Man musste sie nur noch in die Gruben schütten. Das war der Anfang des industriellen Tötens. Ein Onkel von mir wurde im KZ Sachsenhausen ermordet. Meine Mutter musste sterben. Sie wurde ermordet durch unterlassene Hilfeleistung. Sie hatte TBC und nur jüdische Ärzte durften Juden behandeln. Die gab es aber nicht mehr und hatten außerdem Verbot zu praktizieren.

Ich hatte „Glück“! Mein Vater organisierte, dass ich mit Hilfe für mich unbekannter Menschen versteckt wurde und überlebte. Aber auch Massen von denen, die das Vernichten der Juden organisierten, durchführten oder aktiv unterstützten, überlebten. Nur relativ wenige wurden zur Verantwortung gezogen. [...]

Ein Beispiel: Im Juni 2022 wurde eine Akte des Bundesamtes für Verfassungsschutz [...] über Alois Brunner veröffentlicht. Brunner war SS-Hauptsturmführer. Er war einer der wichtigsten Mitarbeiter von Adolf Eichmann bei der „Endlösung der Judenfrage“, der Shoah. Er war als Einsatzleiter der SS verantwortlich für die Deportation und Ermordung von 128.500 Juden aus ganz Europa. Er lebte bis 1954 in Deutschland unter falschen Namen. Von französischen Militärgerichten wurde er zweimal zum Tode verurteilt. Er wurde nie ausgeliefert und nicht vor ein deutsches Gericht gestellt. Kurz vor seiner Enttarnung setzte er sich mit Hilfe von anderen nach Syrien ab. Dort lebte er bis zu seinem Tod.

Die Beispiele zeigen wie nötig die Aufarbeitung der Nazi- und Folgezeit in unserem Land ist. Es zeigt auch wie achtsam wir sein müssen gegen Antisemitismus und Fremdenhass, um zu sichern,

dass sich so etwas nicht wiederholt. Wenn wir uns die Entwicklung in den letzten drei bis vier Jahren ansehen, stellen wir eine ständige Zunahme von Antisemitismus fest. Das heißt, wir tun nicht genug, um die Entwicklung aufzuhalten. Mit „wir“ meine ich nicht nur die Zivilgesellschaft, auch die Politiker sind vorrangig gefragt. Beginnen muss man in den Schulen. Ich habe den Eindruck, die Zeit läuft rückwärts. Auch in der gesamten EU.“

„Ich habe das Empfinden, die Zeit läuft rückwärts. Es ist gut, dass die Menschen auf die Demos gegen Rechtsextremismus gehen. 1,5 Millionen Menschen deutschlandweit, das sind viele. Aber wir sind über 80 Millionen. Wo sind die anderen?“

In Teil 2 unserer Broschürenreihe „Fragt uns, wir sind die Letzten“ – Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand, findet sich ein längeres Interview mit Kurt Hillmann.

Ihr könnt sie im Büro der Berliner VVN-BdA erhalten, ihr findet sie auf unseren Büchertischen und gegen eine Spende senden wir sie gerne zu.

Danke Kurt, für Alles!

# Israelbezogener Antisemitismus an Berliner Universitäten nach dem 7. Oktober 2023

## Aktualisierte Version eines Lageberichts der Gruppe Tacheles TU aus dem Frühjahr 2025

Für viele Jüdinnen und Juden begann mit dem Terrorangriff und Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel eine neue Zeitrechnung. Ihr Leben hat sich seitdem weltweit verändert und auch in Deutschland ist die Gefährdung jüdischen Lebens seitdem nachweislich gestiegen. Insbesondere an Hochschulen kam es nach dem 7. Oktober vermehrt zu antisemitischen Vorfällen im Rahmen von Protestaktionen, wie den antisemitischen Besetzungen an der Freien Universität Berlin (FU) und an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) im Jahr 2024, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffen. Hanna Veiler, ehemalige Präsidentin der "Jüdischen Studierendenunion Deutschland" (JSUD), beschreibt, was dies für jüdische Studierende und Hochschulangehörige bedeutet: „Die Konsequenz für viele Betroffene ist vor allem soziale Isolation. Universitätsräume werden so weit wie möglich gemieden“ (Veiler 2025).

Antisemitisches Gedankengut passt sich stets den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Normen an. Dabei äußert sich Judenfeindschaft in einem auf Hass basierenden Weltbild, in dem die dichotomen Rollen von Gut und Böse klar definiert sind und das von realen Sachverhalten und Fakten völlig losgelöst ist. Die häufigste Erscheinungsform im 21. Jahrhundert, der israelbezogene Antisemitismus, folgt so alten Stereotypen (Kindermörder Israel) in modernen Varianten und findet seine Projektionsfläche vor allem im Nahostkonflikt. Dieser ist jedoch weniger die Ursache als vielmehr der Auslöser für Hassäußerungen und eliminatorischen Antisemitismus. Die Kritik an Israel dient dabei als Vorwand, während sich der eigentliche Hass

gegen das jüdische Leben selbst richtet. Auffällig ist, dass diese Form des Antisemitismus auch in der sich als (bürgerlich bis radikal) links verstehenden Gesellschaftsgruppe, gerade auch im Hochschulkontext, akzeptiert und offen geäußert wird.

Antizionistische und antisemitische Symbole und Rhetorik werden im Hochschulkontext verwendet, um Jüdinnen\*Juden und/oder alle, die sich mit Israel verbunden fühlen, zu entmündigen, zu dämonisieren, herabzusetzen, zu bestrafen oder zu bedrohen. Durch die Aberkennung und Delegitimierung Israels als Symbol jüdischer Selbstbestimmung wird dabei sein Existenzrecht in Frage gestellt. Eine Schmiererei in einem Arbeitsraum der Zentralbi-

bliothek der Technischen Universität Berlin setzte beispielsweise im Frühjahr 2025 mit der Aussage „FCKNZS NZS = ZIONISM“ den Zionismus, die Bewegung für jüdische Selbstbestimmung und Staatlichkeit, mit dem Nationalsozialismus gleich und relativierte damit die Judenvernichtung im Holocaust durch eine Täter-Opfer-Umkehr (Abb. 1). Mehrere Schmierereien im AstA-Gebäude der TU im Dezember 2024, die hier ebenfalls nur beispielhaft hervorgehoben werden, bezogen sich positiv auf die islamistische und antisemitische Terrororganisation Hamas, Hamasdreiecke als Symbole, mit denen die Hamas ihre Terrorziele markiert, sowie den Begriff „Intifada“, dem Aufruf zur Gewalt gegen Jüdinnen\*Juden (Abb. 2 und 3).

Die Verbreitung solcher Symbole und Rhetoriken in universitären Chatgruppen, durch Hochschulgruppen in sozialen Netzwerken, durch Graffiti, Flyer, Plakate oder Aufkleber verstärkt die Normalisierung binärer Weltbilder und antisemitischen Gedankenguts. Dieses Problem verschärft sich, wenn antizionistische und antisemitische Äußerungen und Handlungen, wie z.B. Schmierereien, unwidersprochen bleiben und keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Auch die internationale antisemitische "Boycott, Divestment, Sanctions" (BDS)-Kampagne bedient sich der bereits genannten Narrative: So wird seit Oktober 2023 in universitären Räumen nicht nur die islamistische Terrororganisation Hamas verherrlicht, sondern auch „ein Boykott von allem, was mit Israel in Verbindung steht, gefordert“ (Veiler 2025). Boykottaufrufe werden auch auf Plakaten, Aufklebern oder durch Schmierereien verbreitet. Das

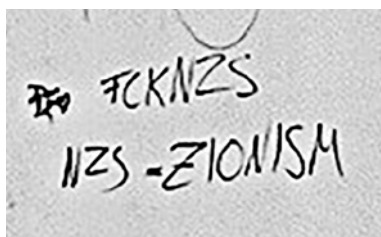


Abbildung 1: Antisemitische Schmiererei im Gruppenarbeitsraum 312h, Zentralbibliothek TU Berlin, 2025.

Abbildung 2 & 3: Antisemitische Schmiererei im AStA-Gebäude der TU, 2024.

studentische Kollektiv "Notinourname TU", das sich aus Studierenden und Mitarbeiter\*innen der Technischen Universität Berlin zusammensetzt, forderte Anfang August 2024 auf seiner Website und in einem Schreiben an das Präsidium der TU Berlin, die Partnerschaften mit israelischen Universitäten auszusetzen. Unterstützt wird dieser Aufruf auch von Gruppen an verschiedenen Hochschulen in Berlin und Potsdam, wie an der Humboldt-Universität zu Berlin, an der Universität der Künste oder von Studierenden der Charité. Im Februar 2025 veröffentlichten drei Hochschulgruppen der FU Berlin (Students for Palestine FU, Palästinakomitee FU, [decoco] decolonial research group) einen BDS-Bericht für die FU Berlin, in dem ebenfalls die Beendigung der Zusammenarbeit mit israelischen Bildungseinrichtungen wie der Hebräischen Universität Jerusalem, der Universität Haifa und anderen israelischen akademischen Institutionen gefordert wird. Die Gruppe "Notinourname TU" leugnet die antisemitische und sexualisierte Gewalt des 7. Oktober und nennt die Berichte darüber „israelische Propaganda“ ("Notinourname TU" Instagrambeitrag vom 7.10.2024). Besorgniserregend ist ebenfalls die antisemitische Radikalisierung der Gruppe "Studis gegen Rechts" (SGR), die im letzten Jahr zu beobachten war. Ursprünglich gegründet, um dem Rechtsruck in Deutschland entgegenzuwirken, ist SGR seit diesem Sommer Teil des „Internationalistischen Bündnis Berlin“, zusammen mit Gruppen wie dem „Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitee“, BDS, der „Kommunistischen Organisation“, der „Jüdischen Stimme“ und anderen antisemitischen Gruppen, die den Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober als Akt des Widerstands feiern und welche teilweise Verbindungen zur PFLP und Hamas haben.

Als Konsequenz der aktuellen antiisraelischen Stimmung und

Entsolidarisierung von jüdischen Menschen an den Universitäten meiden jüdische Hochschullehrende laut Umfragen sichtbare jüdische Symbole, vermeiden es, in der Öffentlichkeit Hebräisch zu sprechen oder sich offen zu ihrer Identität zu bekennen, was laut Dani Kranz, Mitglied des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender, bei vielen zu Beklommenheit und Isolation führt. Obwohl die Protestaktionen an den Universitäten nur von bestimmten, aber laut und autoritär geführten Gruppen organisiert werden, findet ihre judenfeindliche Rhetorik gesellschaftliche Beachtung und Akzeptanz. Ein Beleg dafür ist das Verhalten von Bildungseinrichtungen und Universitäten, deren Vertreter:innen es für wichtiger halten, „sich ihre Kritik zu erlauben, als gegen Judenhass zu argumentieren“ (Schwarz-Friesel 2024b) und jüdisches Leben anzuerkennen und zu schützen. Die Situation an deutschen Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 ist ernüchternd: Jüdische Menschen erfahren keine Solidarität und Mitgefühl, sondern werden durch Schweigen ausgegrenzt. Der gezielte sexualisierte Terror gegen jüdische Frauen wird nicht anerkannt. Gleichzeitig sehen sich Jüdinnen\*Juden und die wenigen, die sich mit Ihnen solidarisch zeigen, offener Menschenfeindlichkeit ausgesetzt. Parolen, wie Kindermörder Israel, Boykottaufrufe oder Symbolen wie die roten Dreiecke der Hamas sind keine Formen legitimer Kritik oder Widerstand – sie sind Ausdruck eines eliminatorischen Antisemitismus. Es ist ermüdend, Antisemit\*innen immer wieder ihren eigenen Antisemitismus nachweisen zu müssen, wenn er so offensichtlich ist. Doch solange Antisemitismus existiert, müssen sich alle damit auseinandersetzen – er darf nicht unwidersprochen bleiben, auch nicht an Hochschulen.



# Beitrag des AK gegen Antisemitismus in der Berliner VVN-BdA

Seit 1990 gedenken am 9. November jedes Jahres in Moabit autonome Antifaschist\*innen der Berliner VVN-BdA den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus. Am 9. November 1938 wurden Synagogen niedergebrannt, jüdische Geschäfte zerstört und geplündert; es wurde gemordet, gedemütigt, geschlagen und vergewaltigt. Auch wenn die exzessive Gewalt von der NS-Führung angeordnet und gesteuert war; die deutsche Zivilgesellschaft beteiligte sich aktiv oder begaffte, wie ihre jüdischen Nachbar\*innen misshandelt wurden. Die Gewalttaten waren nicht die ersten und sollten nicht die letzten Verbrechen an den deutschen Jüdinnen\*Juden sein. Der vielfach auch als Novemberpogrom bezeichnete Terror gegen Jüdinnen\*Juden in Deutschland war lediglich eine weitere Station auf dem Weg in die Shoah.

Ein gegenwärtiges Massenverbrechen nötigt es uns auf, diesen Tag nicht allein dem Erinnern und Gedenken im Kontext des Nationalsozialismus zu widmen. Gemeint ist der „Schwarze Schabbat“, jenes antisemitische Massaker der islamistischen Hamas und anderer palästinensischer Terrorgruppen am 7. Oktober 2023, dem der Historiker Dan Diner eine „genozidale Botschaft“ zumisst.

Vergleiche der nationalsozialistischen Massenverbrechen an den europäischen Jüdinnen\*Juden mit gegenwärtigen antisemitischen Gräueltaten sind mit Vorsicht zu ziehen. Allzu leicht gerät die Gleichsetzung mit dem Historischen zu dessen Verharmlosung. Das, was gemeinhin als Nahost-, oder israelisch-palästinensischer Konflikt bezeichnet wird, beschränkt sich nicht auf zwei deutlich abgrenzbare und voneinander getrennte soziale Gruppen, die um dasselbe Stück Land konkurrieren, auf dem ihr jeweiliger Staat seinen Platz haben soll.

Der islamistischen Diktatur im Iran gilt die Zerstörung Israels als

Staatsdoktrin. Auch der vom Iran finanzierten Hamas ist die Errichtung eines palästinensischen Staates nur insofern ein primäres Ziel, als dieses auf der Grundlage der Zerstörung Israels beruhen soll. In der Charta der Hamas von 1988 heißt es unmissverständlich: „Israel existiert und wird weiter existieren, bis der Islam es ausgelöscht hat, so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat.“ Ebenso deutlich ruft die islamistische Terrororganisation in ihrem Flugblatt Nr. 65 vom Oktober 1990 zum Judenmord auf: „Jeder Jude ist ein Siedler, und es ist unsere Pflicht, ihn zu töten.“

An dieser Absicht hat sich, wie der „Schwarze Schabbat“ zeigte, nichts geändert, auch wenn die Hamas ihre Charta 2017 aus strategischen Gründen entschärfte, um sich die Unterstützung der UN und verschiedener NGOs zu sichern. Von dem Ziel der Zerstörung Israels wurde nie abgerückt. Auch wenn eine israelische Regierung es wollte, über eine Zweistaatenlösung will die Hamas nicht verhandeln. Die „genozidale Botschaft“

des Terrors vom 7. Oktober lässt sich aus der Tat selbst und der Ideologie der Hamas auch ohne unmittelbare NS-Vergleiche mühelos herauslesen.

Im Kontext des 7. Oktober 2023 aber kommt der NS-Vergleich auf andere Weise ins böse Spiel.

Seit jenem Tag wird ein rotes Dreieck von Sympathisant\*innen der Hamas weltweit zur Markierung von Feind\*innen, Jüdinnen\*Juden, vorgeblichen Zionist\*innen und Unterstützer\*innen Israels genutzt. Schon in den ersten Videos über die Gräueltaten am 7. Oktober tauchte es in den sozialen Medien auf.

Die „Student Coalition Berlin“ formulierte bei einer Universitätsbesetzung: „Das rote Dreieck ist einerseits ein historisches Zeichen des politischen Widerstandes gegen das deutsche NS-Regime und seine Konzentrationslager“. Gleichzeitig erschien das rote Dreieck auf der Fahne Palästinas und würde deshalb von der „gesamten und politisch breitgefächerten nationalen Befreiungsbewegung“ verwendet“.

Der ideologischen Verknüpfung des roten Hamas-Dreiecks mit dem historischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist entschieden entgegenzutreten.

Das rote Dreieck markierte die politischen Gefangenen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Es war eine Feindkennzeichnung der Nazis für ihre Opfer. Auch politische jüdische Gefangene mussten das rote Dreieck tragen. Die VVN-BdA hat es sich nach der Befreiung zu eigen gemacht. In ihrer Fahne taucht es auf den blau weißen Streifen der Häftlingskleidung auf. Wir tragen diese Fahne im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus. Die Sympathisant\*innen des Hamas-Terrors geben es den neuen Menschen-schlächtern zurück und verbrämen Massenmord und Vergewaltigung zu legitimen Widerstand.

Auf diese geschichtsvergessene und entkontextualisierte Weise wird das rote Dreieck nun auch in Berlin als Mittel der Feindmarkierung genutzt. So wurden nicht nur Räume von Universitäten während Besetzungen oder das Gebäude des Tagesspiegels damit verunstaltet. Auch linke Orte wie der Berliner Club „about blank“ oder die Neuköllner ProgrammSchänke „Bajszel“ wurden markiert. Sie stehen für eine Aus-

einandersetzung mit jeder Form von Antisemitismus; eingeschlossen jenem in linken Milieus oder im Gewand des Islamismus.

Staatliche Formen von Antisemitismusbekämpfung von oben sind ein ausgesprochen zweischneidiges Schwert. Im Widerspruch zu komplexen Problemanalysen über Herkunft und Umgang mit Antisemitismus, bevorzugen sie einfache Lösungen, setzen schlicht auf Repression und bedienen sich rassistischer Stereotype und Ressentiments. Damit treiben sie eine ohnehin gesamtgesellschaftlich vorhandene Tendenz zu staatsautoritärer Formierung und rassistischer Spaltung voran. Eine Repression, die heute antizionistische und antisemitische Gruppierungen, Demonstrationen und Veranstaltungen trifft, kann morgen schon antisemitismuskritische, emanzipatorische und undogmatische Antifaschist\*innen treffen. Dieser Umstand rechtfertigt jedoch niemals die fehlende Abgrenzung zu antisemitischen Gruppierungen und Aktivist\*innen, deren Handlungen allzu oft lediglich als Reaktion auf autoritäre staatliche Gewalt verharmlost werden.

Vielmehr muss es darum gehen, die Gleichzeitigkeit autoritärer Formierung in linken Zusammenhängen mit der in staatlichen

Institutionen zu analysieren und eine dringend notwendige, emanzipatorische Praxis gegen beides auszuloten.

Für die von Antisemitismus betroffenen Jüdinnen\*Juden können solche Erwägungen und Auseinandersetzungen um vermeintliche Details nur unbefriedigend bis zynisch wirken. Öffentliches jüdisches Leben ist bereits vor dem 7. Oktober 2023 nur unter Polizeischutz möglich gewesen. Hier besteht so lange eine nicht aufzulösende Spannung, bis eine breite emanzipatorische Bewegung gegen alle Formen von Antisemitismus in Sicht ist, die gleichzeitig antirassistisch analysiert und handelt. Von einer solchen ist bisher jedoch nichts zu erkennen. Das erdrückende Panorama ist ausgebreitet, die Herausforderung riesig. Adorno hat einmal gesagt: „Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“ In diesem Sinne scheint uns die Kritik im Handgelenke ein notwendiger und möglicher Weg sich der deprimierenden Gegenwart solidarisch entgegenzustellen. Auch dafür ist das Gedenken mit einer kraftvollen antifaschistischen Demonstration am 9. November eine wichtige Stütze.



# Links und Kontakte

## » Bündnis-Kontakt:

Website: [9novemberberlin.de](http://9novemberberlin.de)  
Mail: [9november@riseup.net](mailto:9november@riseup.net)  
Instagram: @9novemberberlin  
Facebook: @9.november.gedenken

## » Beteiligte Gruppen:

Autonome Neuköllner Antifa (ANA)  
Web: [www.antifa-neukoelln.net](http://www.antifa-neukoelln.net)  
Mail: [antifa-neukoelln@systemli.org](mailto:antifa-neukoelln@systemli.org)

Berliner VVN-BdA  
Web: [berlin.vvn.bda.de](http://berlin.vvn.bda.de)  
Mail: [berlin@vvn-bda.de](mailto:berlin@vvn-bda.de)

Emanzipative & antifaschistische Gruppe Berlin (EAG)  
Web: [eag.tem.li](http://eag.tem.li)  
Mail: [eag-berlin@systemli.org](mailto:eag-berlin@systemli.org)

kollektiv für Emanzipation und Solidarität (kES)  
Instagram: @kes\_berlin  
Mail: [KES\\_Berlin@proton.me](mailto:KES_Berlin@proton.me)

Tacheles ASH  
Instagram: @tacheles.ash  
Mail: [tacheles\\_ash@riseup.net](mailto:tacheles_ash@riseup.net)

Tacheles FU  
Instagram: @tacheles.fu  
Mail: [tacheles-fu.berlin@posteo.de](mailto:tacheles-fu.berlin@posteo.de)

Tacheles TU  
Instagram: @tacheles.tu  
Mail: [tacheles-tu@systemli.org](mailto:tacheles-tu@systemli.org)

Theorie, Kritik & Aktion (TKA)  
Web: [tka.tem.li](http://tka.tem.li)  
Kontakt: [tka@riseup.net](mailto:tka@riseup.net)

## » Weitere Initiativen, Verbände und Gruppen:

Halle-Gedenken: [ak9oktoberhalle.noblogs.org](http://ak9oktoberhalle.noblogs.org)

Hashomer Hatzair: [www.hashomer-hatzair.de](http://www.hashomer-hatzair.de)

Masiyot - Bildung, Aufklärung, Kritik e.V.:  
[www.masiyot.de](http://www.masiyot.de)

## » Meldestellen:

RIAS Berlin: [report-antisemitism.de/rias-berlin](http://report-antisemitism.de/rias-berlin)

Berliner Register: [berliner-register.de](http://berliner-register.de)

Amadeu Antonio Stiftung: [amadeu-antonio-stiftung.de](http://amadeu-antonio-stiftung.de)

